

# UNGER GEHÖRT!

Perspektiven von jungen  
Menschen im Engagement  
*gegen Rechts* und ihr Erleben  
von Bedrohungen

Kurzbericht aus dem  
Projekt BEWARE:  
Bedrohte Demokratieprojekte  
wappnen und resilient machen

Tina Leber

## 02

# Uner/gehörte Perspektiven

Die jungen Menschen, von denen dieser Bericht handelt, engagieren sich auf vielfältige Art und Weise *gegen Rechts*. Sie informieren z. B. über die Aktivitäten und Inhalte extrem rechter Akteur:innen, stellen sich ihnen auf der Straße entgegen, ordnen politische Ereignisse auf Basis ihrer Expertise ein und erinnern an die Opfer extrem rechter oder nationalsozialistischer Gewalt. Dabei sind sie ganz unterschiedlich eingebunden. Manche sind in altersheterogenen Gruppen, wie lokalen Bürgerbündnissen engagiert, halten Reden auf Demokratiefesten, organisieren Demonstrationen und bieten Workshops in Schulen an. Andere treffen sich regelmäßig mit Gleichaltrigen in einer festen Gruppe und nutzen Symbole und Ästhetisierungen, mit denen sie sich einer übergeordneten antifaschistischen Ideengemeinschaft zuordnen. Wieder andere sind in Parteien aktiv und entfalten ihr Engagement *gegen Rechts* eher anlassbezogen, z. B. wenn die AfD eine Veranstaltung im Ort plant oder sie zu größeren Gegendemonstrationen in Nachbarstädte fahren. Manche tragen ihre Haltungen auch abseits politischer Veranstaltungen deutlich nach außen, in dem sie z. B. Statement-Pullis tragen, entsprechend eindeutig posten oder ihre Meinung in den Schulunterricht einbringen. Andere sind eher zurückhaltend.

Die jungen Menschen eint, dass sie aus politischen Überzeugungen heraus handeln. Sie richten sich ganz bewusst gegen rechtsautoritäre, nationalistische und essentialistische Hegemoniebestrebungen. Auch wenn in weiten Kreisen formal die Feststellung geteilt wird, dass sie mit ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag zu einer demokratischen Gesellschaft leisten, ist das konkrete Engagement junger Menschen durchaus umstritten, wird eingehegt, angegriffen und findet mit seinen spezifischen Logiken, Handlungspraxen und Selbstverständnissen kaum Eingang in gesellschaftliche Debatten, so unsere Beobachtung. Vor allem dort, wo es sich nicht indienstnehmen lässt, wo es eigensinnig ist und an den Grenzen von Erwachsenen rüttelt, entfaltet es Potenziale, an denen die plurale Demokratie wachsen kann.

Wir verstehen die Perspektiven der jungen Engagierten als einen für sich genommen wertvollen und notwendigen Beitrag zur Demokratie und zu einem umfassenden Verständnis der Demokratiewerkarbeit *gegen Rechts*. Daher geben wir den von ihnen erlebten Bedrohungen im Rahmen des Projekts *BEWARE – Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen gesondert Raum*. Die Erkenntnisse fassen wir in diesem Kurzbericht zusammen.

men. Begleitend stellen wir ein [Praxistool für pädagogische Fachkräfte](#) bereit, die mit Jugendlichen im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Bildungsarbeit oder ähnlicher Settings arbeiten. Es sensibilisiert für die Bedarfe von demokratisch engagierten Jugendlichen, unterstützt bei der Begleitung von politischen Aushandlungen zwischen jungen Menschen und eröffnet neue Perspektiven für die Auseinandersetzung mit Fragen der Positionierung in den jeweiligen Teams.

Wir danken allen Interviewten ganz herzlich dafür, dass sie ihre Perspektiven und Erfahrungen mit uns geteilt haben und für die weitere Veröffentlichung zur Verfügung stellen. Ihre Namen haben wir aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes pseudonymisiert. Wir bedanken uns ganz besonders für das entgegengebrachten Vertrauen und die Offenheit, mit der sie uns begegnet sind. Ebenso danken wir den Expert:innen, die uns und das Projekt mit ihrem Wissen und ihren Einordnungen begleitet haben. Wir danken insbesondere Silke Bear (cultures interactive e. V.), Kai Dietrich (Projektbereich MUT der AGJF Sachsen e. V.), Dr. Nils Schuhmacher (Universität Hamburg) und Katja Teich (VDK e.V.), die in einer Resonanzrunde die Ergebnisse der Befragungen mit

uns reflektiert haben und mit ihrer fundierten Expertise zur Weiterentwicklung der Befunde beitrugen, sowie Christoph Bochentin (SAZ-Rock e.V., Frankfurt University of Applied Sciences), Sophia Mensah-Smith und Romy Nowak (beide Projektbereich MUT der AGJF Sachsen e. V.), die Gleiches für das Praxistool geleistet haben.

## 04

### **Das Projekt BEWARE**

Das Projekt *BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen* untersucht Bedrohungen im Feld der aktivistischen, ehrenamtlichen und beruflichen Demokratiewerkarbeit *gegen Rechts*. Es wurde vom 01.01.2023 bis zum 31.03.2026 durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt in der Förderlinie „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“ gefördert. Angesiedelt ist das Projekt am Institut SO.CON – Social Concepts für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit der Hochschule Niederrhein. Das Projekt hat schwerpunktmäßig Einschätzungen und Erfahrungen rund um Bedrohung demokratieengagierter Erwachsener in den Blick genommen. In 2025 wurde der Fokus auf engagierte Jugendliche und junge Erwachsene erweitert. Die ausführlichen Ergebnisse erscheinen im Winter 2026/27 in Buchform (open access) im transcript Verlag.

### **Der Begriff *gegen Rechts***

Zur Beschreibung des aktivistischen oder beruflichen Engagements, das sich gezielt gegen Ideologien, Handlungen und Akteur:innen (Personen, Organisationen, Netzwerke) z. B. des Neonazismus, der Neuen Rechten, des Antifeminismus oder der Verschwörungsideologien richtet, nutzen wir den Sammelbegriff *gegen Rechts*, wie er sich im Namen zahlreicher Bündnisse und Initiativen findet. Das Engagement *gegen Rechts* fokussiert eine völkisch-autoritär-nationalistische und faschistische Ideologie und dazugehörige bzw. eng verwandte Ideologiefragmente wie Sexismus, Rassismus oder Antisemitismus und entsprechende Träger:innen, weitestgehend unabhängig einer politischen Selbstverortung oder parteipolitischen Zuordnung. Um den Bezug zur Selbstbezeichnung kenntlich zu machen, setzen wir diesen Begriff kursiv. Das Engagement verstehen wir folglich als Demokratiewerkarbeit *gegen Rechts*. Darüber hinaus beschreiben gerade junge Menschen ihre politische Arbeit oft auch als antifaschistisch. Wir möchten betonen, dass der Terminus Rechts in dem hier beleuchteten Zusammenhang explizit nicht mit einem demokratischen Konservatismus gleichzusetzen ist, der sich klar von den oben genannten Ideologien abgrenzt (siehe dazu auch den Definitionsvorschlag von IDA e.V. 2026, einem Akteur der zivilgesellschaftlichen Demokratiewerkarbeit).

## Aktivistisches Engagement

Als aktivistisches Engagement verstehen wir die Beteiligung an unterschiedlichen kollektiven Handlungen, die darauf abzielen politische Anliegen umzusetzen und ausgemachte sozialpolitische Probleme zu lösen. Die gewählten Praxen und Organisationsformen sind hierbei divers (vgl. Corning/Myers 2002; Klar/Kassierer 2009). Aktivismus zeichnet sich zudem darüber aus, dass es sich um eine habitualisierte Einstellung und soziale Haltung handelt, die die eigene aktive Handlungsmacht und Lösungskompetenz in den Vordergrund stellt. Aktivismus ist also nicht nur eine beiläufige Betätigung, sondern (temporärer) Teil der Persönlichkeitsstruktur (Behrendt 1932). Aktivismus macht man nicht nur, man ist Aktivist:in. Dies trifft auf die Teilnehmer:innen unserer Studie in unterschiedlich starkem Maße zu. Für das von uns untersuchte Engagement junger Menschen lassen sich vor allem zwei Achsen als relevante Differenzkategorien herausarbeiten: Das Engagement lässt sich erstens entlang der Pole „niedriges Risiko/niedrige Kosten“ – „hohes Risiko/hohe Kosten“ (vgl. McAdam 1986) einordnen. Die zentrale Unterscheidung liegt hier weniger in den gewählten Praxen, sondern vielmehr in ihren jeweiligen Rahmenbedingungen. So kann beispielsweise die Standbetreuung auf einem Demokratiefest an dem einen Ort ein risikoarmes Engagement darstel-

len, an anderer Stelle geht sie jedoch mit potenziellen kurz- und langfristigen Gefahren einher. Zweitens lässt sich das Engagement der jungen Menschen auf einer Achse von jugendlicher bis erwachsener Prägung unterscheiden. So bewegen sich einige junge Menschen in Organisationsformen, die eher durch die Logik und das Handeln von Erwachsenen geprägt sind (z. B. Parteien oder einzelne Bündnisse), andere Praxen und Vergemeinschaftungen weisen eine stärkere jugendliche oder subkulturelle Prägung auf. Hier spielen gerade auch szenenbezogene Ästhetisierungen und Habitualisierungen eine zentrale Rolle. Eine Differenzierung nach der politischen Ausrichtung, die sich an klassischen Schemata von „Mitte bis Links“ orientiert, bietet sich für die Einordnung des Engagement unserer Stichprobe nicht an. Die jungen Menschen sind mit Blick auf diese Zuordnung unterschiedlich, zum Teil selber unentschieden, die relevante Gemeinsamkeit ist vor allem, dass sie *gegen Rechts* sind. In der Fremdschreibung gelten die jungen Menschen, so vermuten wir, eher als ‚links‘.

## 06

### **Die Erhebung zu jungen Menschen im Engagement *gegen Rechts***

Von Mai bis Juli 2025 haben wir eine bundesweite qualitative Befragung umgesetzt, in deren Rahmen sieben junge Menschen im Alter von 17 bis 25 in digitalen, teilstrukturierten Leitfadeninterviews von ihren aktivistischen Erfahrungen *gegen Rechts* und den damit verbundenen Bedrohungen erzählten. Die Interviewten sind in überregionalen Netzwerken, lokalen Bündnissen oder Vereinen, Kleingruppen bis hin zu einer Partei organisiert und explizit *gegen Rechts* engagiert. Sie leben in Sachsen-Anhalt (1), Bayern (1), Hessen (2) und Sachsen (3) und sind überwiegend in ländlichen Räumen aufgewachsen oder kommen aus (studentisch geprägten) Mittelstädten. Die jungen Menschen gehen zur Schule (3), befinden sich in der Ausbildung (1) oder studieren (3). Die Schüler:innen leben gemeinsam mit ihren Familien, die Studierenden/Azubis sind bereits ausgezogen. Ihre politische Selbstverortung war kein Kriterium für die Auswahl und auch nur teilweise ein Thema in den Interviews.

Flankiert wurde die Erhebung von einem (digital durchgeführten) Gruppeninterview im November 2025 mit vier Fachkräften aus unterschiedlichen Handlungsfeldern der Jugendarbeit und Jugendbildung (Fanprojekt, Jugendtreff, Bildungszentrum, Medienprojekt). Diese wurden nach

ihren Erfahrungen mit jungen Menschen befragt, die sich *gegen Rechts* engagieren.

Die erhobenen Daten wurden unter Berücksichtigung des bestehenden Forschungsstandes volltranskribiert, inhaltsanalytisch ausgewertet und partiell thematisch kodiert (nach Flick, 2016). In der folgenden Darstellung werden die Ergebnisse aus den Befragungen der jungen Menschen und der Fachkräfte zusammengeführt.

# Ungehörte Perspektiven junger Aktivist:innen

**Befund 1: Junge Menschen ordnen Dimensionen, Formen und Mittel von Bedrohungen anders ein als Erwachsene. In dominanten gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und politischen Debatten werden diese Perspektiven bisher kaum sichtbar.**

In unserer Forschung zeigt sich, dass Jugendliche Bedrohungen in Teilen deutlich anders wahrnehmen als die von uns befragten Erwachsenen. Daraus ergibt sich, dass auch andere Handlungspraxen und -logiken möglich sind. Dies kann beispielhaft für zwei Bereichen illustriert werden: der digitalen gewaltbezogenen Bedrohung und der politischen Intervention.

Die meisten der von uns interviewten jungen Menschen erleben ablehnende oder bedrohliche politische Kommentierungen in Social Media. Aus den Beschreibungen dieser geht jedoch hervor, dass die Befragten, im Gegensatz zu vielen Erwachsenen, diese äußerst differenziert und selbstsicher einordnen und ihre Reaktionen flexibel anpassen. Sie erkennen eine potentielle Gefährdung an den Stellen, an denen das Digitale mit dem Lokalen verwoben ist, bspw. wenn ein Lokalpolitiker der extremen Rechten ihr Foto und ihren

Namen postet. Besteht jedoch keine Verbindung zum Lokalen, stellen sie eine klare Distanz zwischen der digital formulierten Ablehnung und ihrem „realen“ Leben her. Abwertenden Kommentierungen ihrer Posts und Gewaltandrohungen begegnen sie daher überwiegend gelassen. Eine solche Form der Wahrnehmung von digitaler Bedrohung bildet sich in den bisherigen Diskursen und Studien zu digitaler politischer Gewalt kaum ab. Diese beziehen sich überwiegend auf die Perspektive von Menschen, die keine primären Sozialisationserfahrungen mit Social Media haben und, wie auch unsere vorangegangene Erhebung zeigt, mit größeren Unsicherheiten, Sorgen und Rückzugstendenzen auf digitale Gewalt(androhungen) reagieren.

Ebenfalls verursachen parlamentarische Anfragen, die darauf abzielen, Gruppen mit dem Etikett ‚Linksextremismus‘ zu belegen z. T. wenig Empörung. Diese werden etwa mit einem „lachenden Emoji“ (Lou, 19, Bayern) im Gruppen-Chat geteilt und nach kurzer Befassung zur Seite gelegt. Die Einordnung als irrelevant speist sich aus zwei unterschiedlichen Aspekten. Zum einen aus der Zuversicht, dass Parlament/Verfassungsschutz/Öffentlichkeit zur gleichen Beurteilung des Engagements kommen wie man selber – nämlich, dass das eigene Engagement ei-

## 08

nen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag darstellt und nicht verfassungsfeindlich ist. An anderen Stellen aus dem Umstand, dass die politischen und diskursiven Öffentlichkeiten der formalen Politik als Bewertungsinstanzen des eigenen Engagements eher zurückgewiesen werden bzw. deren Empörung in Teilen einkalkuliert ist. Gerade auch die Freiheit von (finanziellen) Abhängigkeiten ihres Engagements kann die Relevanz politischer Interventionen abschwächen. Sie erleichtert es daher, eigensinnige Praxen zu entwickeln und selbstgesteckte Ziele umzusetzen. Damit können die jungen Menschen Spielräume nutzen, die gerade der staatlich finanzierten Demokratiearbeit oder der außerschulischen Jugendarbeit, die etwa von kommunalen oder etablierten zivilgesellschaftlichen Trägern der Wohlfahrt umgesetzt wird, gar nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Politische Interventionen werden erst dort für sie relevant, wo junge Menschen in Kontakt mit den Logiken, Kulturen, Beschränkungen und Sorgen von Erwachsenen kommen, z. B. wenn sie sich im Rahmen der Jugendarbeit in Gremien engagieren.

**Befund 2: Aktuelle Diskurse zur Zivilgesellschaft vernachlässigen das Engagement von jungen Menschen in seinen spezifischen Logiken, seinen Bedarfen und seinen Stärken weitestgehend. Dazu trägt die Verberuflichung des Engagements *gegen Rechts* ihren Teil bei.**

Aus der Sichtung des aktuellen Forschungsstandes und der medialen Berichterstattung zur demokratischen Zivilgesellschaft, ihren Einhegungen, Bedrohungen und Widerständigkeiten geht hervor, dass junge Menschen als politische Subjekte im Diskurs über das Engagement *gegen Rechts* weitestgehend unberücksichtigt bleiben. Hierzu leistet die Verberuflichung des Engagements einen gravierenden Beitrag. Mit den zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln und Zugängen in Medien, Politik und Gesellschaft prägt sie das Bild der Demokratiearbeit maßgeblich. Die Perspektiven, Deutungen, Kulturen und Selbstverständnisse aus dem verberuflichten Feld können sich so leichter durchsetzen. Dieses Erkenntnis wird in unserer Expert:innenrunde geteilt und besonders hervorgehoben. Kaum einer der von uns interviewten jungen Menschen hat, mit Ausnahme

einer Betroffenenberatungsstelle, Berührungspunkte mit entsprechenden Demokratieprojekten. Junge Menschen finden in vielen Projekten des verberuflichten Feldes als Adressat:innen und möglicherweise an manchen Stellen als Beiwerk statt, sind jedoch als eigenständige politische Subjekte kaum in einer partnerschaftlichen Kooperation mit den tonangebenden Akteur:innen. Dazu trägt auch die spezifische Förderlogik bei. Die Perspektiven Selbstverständnisse, Ideen, Bedarfe, Logiken und Praxen der jungen Menschen unterscheiden sich jedoch von denen der Erwachsenen, wie unsere Forschung zeigt. Wenn sie nicht einbezogen werden, können ‚Diagnosen‘ zum Zustand der Zivilgesellschaft nur unvollständig sein. Durch diese Fokussierung droht der Aktivismus von Jugendlichen *gegen Rechts* als gesellschaftlicher Kollektivakteur exkludiert, transformiert und gerade in seiner Kontrastierung zur staatlich finanzierten Demokratiearbeit in Teilen kriminalisiert zu werden. Demokratiearbeit wird so an vielen Stellen zu einem Projekt von Erwachsenen. Weitestgehend unbemerkt gehen der Demokratiearbeit und mit ihr den gesellschaftlichen Demokratie-Diskursen so wichtige Perspektiven, Erfahrungen und Handlungspraxen verloren, so unsere These.

**Befund 3: Jugendliche, die sich gegen Rechts positionieren und engagieren, geraten leicht aus dem Blick der Jugendarbeit, auch dort, wo sich Selbige explizit kritisch mit gesellschaftspolitischen Verschiebungen befasst.**

In Zeiten, in denen demokratische Akteur:innen besorgt über die Zunahme rechtsautoritärer, nationalistischer und essentialistischer Hegemoniebestrebungen diskutieren, nehmen sie verstärkt auch ‚rechte‘ Jugendliche in den Blick. Diese werden sowohl aus der Politik heraus, als auch von der Fachpraxis mit Nachdruck als Adressat:innen der Sozialen Arbeit diskutiert, denn für die Jugendarbeit stellt *„sich natürlich immer die Frage, mit wem arbeiten wir eigentlich?“* (Thomas, Fachkraft). Bisher wird dabei im breiten Fachdiskurs jedoch die Wechselwirkung zwischen der Formulierung des Bedarfs, stärker ‚rechte‘ Jugendliche in den Blick zu nehmen und den politischen Kulturen der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, den Funktionslogiken der medialen Aufmerksamkeitsökonomien oder den sicherheitspolitischen Einflüssen und Präventionsdispositiven im Feld der Jugendarbeit nur partiell be-

## 10

rücksichtigt. Dort, wo sich Fachkräfte der Jugendarbeit explizit mit Hegemoniebestrebungen der extremen Rechten befassen und zunehmend an den eigenen Kompetenzen zweifeln, dem etwas entgegensetzen zu können, richten sie ihren kritischen Blick mitunter verstärkt auf die eigenen Praxen oder die ‚rechtsaffinen Problemträger:innen‘. Junge Menschen, die sich *gegen Rechts* engagieren, geraten hier leicht aus dem Blick. Verstärkt wird dies in der breiteren Jugendarbeit dadurch, dass sich der Bedarf der aktivistisch engagierten Jugendlichen mitunter von dem anderer Adressat:innen unterscheiden kann. So müssen sie eher nicht mehr ‚an die Demokratie herangeführt werden‘. An manchen Orten besteht ihr Bedarf vielleicht eher in der Bereitstellung von freien Räumen/Ressourcen und deren fachpolitischer Verteidigung oder in der Vernetzung mit anderen Demokratieakteur:innen als in der Unterbreitung vorkonzipierter Angebote. Beides bricht ggf. mit vorherrschenden pädagogischen Selbstverständnissen, auch mit Erwartungen etwa von Trägern oder Jugendpolitik. Darüber hinaus wird die innerfachliche Aushandlung der Adressierung von Jugendarbeit zunehmend von politischen Interventionen flankiert. So formuliert eine Fachkraft über die Kritik eines Landtagsabgeordneten, dass Jugendlichen

einer neonazistischen Kleinstpartei von Veranstaltungen der Jugendarbeit ausgeschlossen werden: *„Dann musst du dich rechtfertigen, warum du menschenfeindliche Dinge nicht stehen lassen kannst.“* (Christian, Fachkraft). Die parteiliche Arbeit mit Jugendlichen, die sich eigenständig *gegen Rechts* engagieren, gerät zunehmend unter Rechtfertigungsdruck.

## Das Engagement:

**Befund 4: Das Engagement stellt für junge Menschen einen produktiven Umgang mit einer als ängstigend und belastend empfundenen gesellschafts-politischen Ausgangslage dar. Der Aktivismus richtet sich gegen rechts-autoritäre, nationalistische und essentialistische Hegemoniebestrebungen.**

Das Erstarken (globaler) rechtsautoritärer Akteur:innen und die Sorge vor entsprechenden gesellschaftlichen Umformungen erleben die von uns interviewten jungen Menschen als Bedrohung für sich und ihre Freund:innen. Dabei zeichnen sie eine deutlich dystopischere Zukunft als die von uns befragten erwachsenen Engagierten. Es geht den jungen Menschen in ihrer politischen Arbeit primär um die Abwendung einer drohenden Regression, die in alltäglichen Räumen erfahrbar wird, wenn „*es plötzlich normal ist, dass der Kumpel, der neben mir sitzt, halt die AfD gut findet*“ (Konrad, 19, Hessen).

Das Engagement richtet sich explizit gegen die AfD, die als klare Gegnerin und Bedrohung des eigenen Wertesystems ausgemacht wird. Andere Parteien wer-

den vor allem auch danach beurteilt, wie sie sich zu dieser verhalten und wie sie sich zum Engagement der jungen Menschen positionieren. Hier zeigen sich die Aktivist:innen äußerst differenziert. So unterscheiden sie bspw. zwischen einzelnen Politiker:innen einer Partei und wägen lokale Kooperationsmöglichkeiten am Einzelfall ab. Darüber hinaus treten parteiliche Zugehörigkeiten eher in den Hintergrund. Im Fokus der Bekämpfung stehen Ideologiefragmente wie (Hetero-) Sexismus, völkischer Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, aber auch als regressiv empfundene Migrations-, Geschlechter- oder Umweltpolitiken.

**Befund 5: Subkulturelle Angebote verlieren für die Initiierung von Engagement an Bedeutung. Neu ist vor allem die starke Gewichtung der Familie. Zudem nimmt die Wahrnehmung breiter gesellschaftlicher Gegenbewegungen eine wichtige Rolle ein.**

Gesellschaftlichen Initiativen und Mobilisierungen *gegen Rechts* kommt in den Politisierungserzählungen der Aktivist:innen eine zentrale Bedeutung zu. So werden medial transportierte gesellschaftliche

## 12

Konflikte zu wichtigen biographischen Ausgangspunkten für das Engagement. Diese werden gerade in bundesweiten (und damit z. T. auch lokalen) Demonstrationen und anderen Formen des Engagements z. B. im Kontext der Auseinandersetzungen zu Fluchtbewegungen 2015, Chemnitz 2018, Corona-Maßnahmen 2022 und der Correctiv-Recherche 2024 je nach Person als initiierende Erfahrungen benannt. Diese Form des Zugangs zum Aktivismus ist aus vorherigen Studien bekannt. Bis dato wurde ebenfalls auf die Bedeutung von subkulturellen Orten und Angeboten für das Hineinwachsen ins Engagement hingewiesen. Dieser Zugangsweg ist in unserer Studie jedoch nahezu bedeutungslos. Ebenfalls werden schulische und außerschulische Bemühungen der Demokratievermittlung kaum erwähnt, was nicht zwangsläufig bedeutet, dass sie keine Rolle spielen. Stattdessen sind es vor allem die Eltern, die einen zentralen Stellenwert in den initiierenden Politisierungserzählungen der Interviewten einnehmen. Sie fungieren als Vermittler:innen von demokratischen Werten und einer politisch-partizipativen Kultur. Deutlich wird, dass für einige Jugendliche die biografischen Erfahrungen der Eltern mit erlebter neonazistischer Gewalt, da „*sie selber irgendwie damals auch in den Baseballschläger-Jahren auf-*

*gewachsen*“ (Mika, 23, Sachsen) sind, zu Bezugspunkten des eigenen Handelns werden. Diese Eltern fungieren als Vorbilder, stellen Deutungsangebote, Wissen und Reflexionsräume zur Verfügung, bieten Unterstützung und emotionale Begleitung. Und sie sind z. T. diejenigen, die ihren Kindern einen Zugang zum Aktivismus eröffnen. Gerade in Lokalräumen, die über wenige demokratische Initiativen verfügen, kann das Engagement *gegen Rechts* zum Familienprojekt werden. Verstärkt wird die Bedeutung der Familie zum einen durch den Mangel an oder die empfundenen Unzugänglichkeiten von szenetypischen Angeboten der Vergemeinschaftung, wie spezifischen Räumen oder Events. Zum anderen spielen teilweise auch die Einschränkungen der außerfamiliären Kontaktmöglichkeiten während der Coronazeit eine Rolle. Letztendlich werden wahrgenommene, rechtsautoritäre Hegemoniebestrebungen vor allem dort, wo sie konkret im Lokalraum erfahrbar sind, intergenerational ähnlich interpretiert und mit dem gemeinsamen Engagement beantwortet. Dies trifft insbesondere auf Familien zu, in denen auch die Eltern Erfahrungen mit Bedrohungen oder Einhegungen durch lokale Akteur:innen machen oder Sorge davor haben. Trotz inhaltlicher Auseinandersetzungen mit den Eltern, in denen unterschied-

liche Meinungen ausgehandelt werden, wird deutlich, dass die familiär geprägten Selbst- und Weltreferenzen durch das Engagement nicht fundamental in Frage gestellt werden. Das Engagement ist folglich kein Ort transformativer Bildungsprozesse (mehr).

**Befund 6: Aktivistische Gruppen und Initiativen stellen bei all ihrer inneren Konflikthaftigkeit und Heterogenität Eindeutigkeiten und Sicherheiten her. Sie werden zu erlebbaren gesellschaftlichen Utopiefragmenten, in denen Vergemeinschaftung, Handlungsmacht und Selbstwirksamkeit spürbar sind.**

Die Interaktionen, die im Rahmen des Engagements stattfinden, verlaufen trotz interner Konflikte für die jungen Menschen in ihrer grundlegenden Struktur nachvollziehbar, eindeutig und wertschätzend. Hiermit stellen sie für die Beteiligten eine Kontrastfolie zu Erfahrungen mit Ambivalenz und Indifferenz als Reaktion auf sie und ihr Engagement durch die ‚Außenwelt‘ dar. Aktivistische Netzwerke und Gruppen (diese umfassen mitunter auch Erwachsene) werden als Orte der solidarischen Vergemeinschaftung beschrieben. Sie werden darüber hinaus zu einem

gesellschaftlichen Gegenentwurf, in dem eine Zukunft gestaltet wird, die Hoffnung macht.

Es geht darum, „*einfach zu sehen, es geht auch anders. Es gibt Menschen, die sind genauso wie du. Und wir bewirken auch was*“ (Lou, 19, Bayern). Das Engagement stellt eine Form von politischer Subjektivierung, Vergemeinschaftung und Agency dar, in der der empfundene „*Weltschmerz*“ (dies.) zumindest situativ nachlässt. Dies erscheint gerade in Anbetracht des wahrgenommenen Pessimismus und der Hilflosigkeit vieler Erwachsener notwendig für die jungen Menschen, die mit Sorge auf rechtsautoritäre Hegemoniebestrebungen blicken. Dieser Rückzugsraum erleichtert die aktiv gestalterische (Wieder-)Hinwendung zur Welt.

## Bewertungen des Engagements junger Menschen und Reaktionen

**Befund 7: Der aktivistische Umgang mit rechtsautoritären Hegemoniebestrebungen ist politisch umstritten. Negativmarkierungen, und damit auch die Verringerung von Möglichkeits- und Erprobungsräumen, haben eine abschreckende Wirkung auf diejenigen, die nicht bereits eingebunden sind, sondern sich an ein Engagement herantasten möchten.**

Der Aktivismus *gegen Rechts* muss im Kontext aktueller politischer Debatten betrachtet werden. Einerseits erleben wir auf der großen politischen Bühne, dass Forderungen, „die Antifa“ zu verbieten, mit Rekurs auf globale Trends (wieder) aufgeworfen werden und entsprechende Bezugnahmen oder Ästhetisierungen unter Verdacht geraten. Gerade jugendlicher Aktivismus wird zunehmend im Kontext von Radikalisierung, Gewalt oder Terrorismus diskutiert, was z. B. auch im medialen und politischen Diskurs zur *Letzten Generation* sichtbar wird. Gleichzeitig verschieben aktuelle öffentliche Debatten auch die Möglichkeitsräume im alltäglichen Handeln, z. B. dort, wo Neutralitätsanrufungen Schulen oder Jugendarbeit/Jugendbildung verunsichern, Räume der Organisation und Politisie-

rung infrage gestellt und eingeschränkt werden oder junge Menschen selber verstärkt als Vertreter:innen rechter Agenden auftreten. Die von uns interviewten Fachkräfte beschreiben vor allem die Folgen eines Extremismusmodells, die sich in Negativmarkierungen von Engagement als „links(extrem)“ zeigten. Gerade junge Menschen, die sich in ihrer gesellschaftlichen Rolle und ihren Partizipationsmöglichkeiten noch ausprobieren, würden durch Rhetoriken abgeschreckt, „*die rechtsextreme, demokratiezersetzende Gewalt gleichsetzen mit einer Gegendemonstration. Dass das dann auch schon Linksextremismus ist. Und gefährlich*“ (Karl, Fachkraft). In den Gesprächen mit den jungen Menschen wird dies vor allem in der Unsicherheit der Benennung ihres Engagements sichtbar. Der Begriff des „Antifaschismus“ ist für sie in hohem Maße mit Abwertungen und Kriminalisierung verbunden und wird daher nur von Einzelnen selbstbewusst genutzt. So ist die Haltung oftmals pragmatisch im Sinne von: „*Ich bin... Meine Arbeit ist antifaschistisch, ja natürlich. Aber dieses Wording ist in der öffentlichen Debatte total kontraproduktiv*“ (Konrad, 19, Hessen). Darüber hinaus wird eine zunehmende Einhegung von Räumen sichtbar, in denen sich Jugendliche ausprobieren können und dabei ggf. auch an den Grenzen von Erwachsenen rütteln. Verhandelt werden

einerseits grundsätzliche Fragen, wie „*Wo darf Jugend überhaupt noch sein? Da sein, sich bewegen im öffentlichen Raum?*“ (Bettina, Fachkraft). Andererseits kritisieren Fachkräfte ganz spezifisch, dass der Gesetzgeber „*jugendliche Protestkultur überhaupt nicht mehr bereit ist zu akzeptieren*“ (Thomas, Fachkraft). Letztere Einschätzung ließe sich aus unseren Befunden heraus auf Politik und Gesellschaft – vielleicht auch auf einzelne Bereiche und Akteur:innen der Jugendarbeit/Jugendbildung selbst? – ausdehnen.

**Befund 8: Junge Menschen, die sich gegen Rechts engagieren, machen in hohem Maße interaktionale Erfahrungen mit Indifferenz, Ambivalenz und Überforderung auf Seiten ihrer Gegenüber.**

Die jungen Menschen haben den Eindruck, dass ihr politisches Engagement, abseits der großen Debatten, von demokratischen Erwachsenen überwiegend erstmal begrüßt wird. Sie fungieren als „*Vorzeigebeispiel*“, gerade wenn sie „*eine FLINTA-Person [Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans- und agender-Person] und noch unter 18*“ (Sam, 20, Sachsen) sind. Erwachsene werden von den befragten jungen Ak-

tivist:innen einerseits als dankbar und entlastet erlebt, dass es junge Menschen gibt, die sich wahrnehmbar gegen rechtsautoritäre, rassistische, verschwörungsgläubige oder sexistische Meinungen positionieren. Gleichzeitig stützen Erwachsene (gerade in beruflichen Funktionen) aus der Sicht der Jugendlichen durch vermeintlich neutrales Handeln rechtsautoritäre Hegemoniebestrebungen und ihre Vertreter:innen. Erwachsene unterbinden Engagement *gegen Rechts* an den Stellen, wo es für sie selber als potentielles Risiko empfunden wird, z. B. weil sie Sorge vor damit begründeten Finanzkürzungen durch staatliche Stellen haben, so die Einschätzung auch der Expert:innen. Erwachsene (außerhalb des eigenen aktivistischen Netzwerks) werden von den jungen Engagierten vor allem als hilflos im Kontakt mit rechtsautoritären Hegemoniebestrebungen und entsprechenden Diskursen erlebt und insbesondere mit Blick auf die fehlende Vermittlung von Hoffnung und Wehrhaftigkeit kritisiert. Ähnlich inkonsistent wird z. T. auch das Verhalten von einigen Mitschüler:innen wahrgenommen, die einerseits die Engagierten ausgrenzen, unter Druck setzen und abwerten, und andererseits mit ihnen Zeit verbringen oder sie wie in einem Beispiel gar zur Klassensprecherin wählen.

## Bedrohungen und Gewalterfahrungen im Engagement

**Befund 9: Bedrohungen und Abwertungen sind gerade in alltäglichen Sozialisationsräumen präsent. Erfahrungen, insbesondere von Personen, die sich offen positionieren. Junge Menschen zeigen eine besondere Stärke darin, Viktimisierung in Agency umzuwandeln.**

Junge Menschen machen besonders dort, wo sie ihre Meinungen selbstbewusst formulieren und/oder sich subkultureller, als links etikettierter Ästhetisierungen bedienen, Erfahrungen mit z. T. massiver Gewalt. Diese umfassen Drohungen „in einem Einkaufszentrum oder sowas. Sprüche wie: ‚Ja, irgendwann kriegen wir euch alle‘“ (Jens, 21, Sachsen), Doxing [Veröffentlichung privater Daten einer Person im Internet ohne deren Zustimmung] in Verbindung mit Feindmarkierungen, gezielten Sachbeschädigungen am elterlichen Wohnhaus sowie Anfeindungen und Gewaltausübungen. Einige Jugendliche erleben dies als dauerhafte Begleiterscheinung, andere als situative Konfrontationen. Dort, wo diese in den Alltag eingebunden sind, stellen sie eine massive und vor allem nicht endende Gewalterfahrung dar, die für sie selbst z. T. erst durch den Blick von außen eingeord-

net werden kann. So berichtet bspw. eine Jugendliche, dass ihr erst in retrospektiven Gesprächen mit Mitengagierten, die in westdeutschen Großstädten diese Erfahrungen nicht gemacht hätten, klar wurde, dass die von ihr erlebte Normalität keine kollektiv geteilte Erfahrung von demokratisch engagierten jungen Menschen ist. Von erfahrener Unterstützung, die zu einem Ende dieser unterschiedlichen Formen der Gewalt führt, wird nicht berichtet. Hilfe erfolgt vorrangig von Erwachsenen, die ähnliche Erfahrungen machten oder machen. Sie bezieht sich dabei vor allem darauf, mit Gewalterfahrungen umgehen zu können, bietet jedoch keine grundsätzliche Lösung, Gewalt zu verhindern. Die Herstellung eines positiven Selbstbildes und das Erleben der Mehrheitsgesellschaft als hilfsbereit, inklusiv und demokratisch erscheinen daher in hohem Maße herausfordernd. Auch für andere Jugendliche stellt das Erleben von Gewalt eine alltägliche Erfahrung dar. Das Spezifische der Gewalt, die junge Engagierte erleben, ist vor allem, dass sie politisch ist und sich explizit auf das Engagement der jungen Menschen für eine demokratische Gesellschaft bezieht. Zudem sind die Wahrnehmungen und Bewertungen der Gewalterfahrungen selbst Teil gesellschaftspolitischer Aushandlungen und damit im hohen Maße politisiert,

z. B. wenn sie als Resultat eines einfachen Konflikts zwischen Jugendlichen umgedeutet werden. Dies gilt erst recht, wenn Jugendlichen offen oder unterschwellig a.G. ihres Engagements *gegen Rechts* und ihrer entsprechenden Sichtbarkeit eine (Mit-)Verantwortung für die Gewalterfahrungen zugesprochen wird.

Deutlich wird jedoch auch, dass es den interviewten jungen Menschen überwiegend gelingt, sich aus einer passiven Viktimisierung zu befreien und sich als aktiv handelndes und deutendes Subjekt zu erfahren. Die Bezugnahme auf ein aktivistisches Kollektiv bzw. eine Ideengemeinschaft und deren Symbolik spielt hierbei eine zentrale Rolle. So formuliert bspw. eine Interviewte: *„Und dann habe ich mir den Kopf rasiert und habe mir die Haare [...] gefärbt. [...] ich sage dann: ‚Ihr seht, so sehe ich aus. So ist meine Meinung. Lebt damit!‘ Und das gibt mir so ein bisschen Vertrauen. [...] Weil es ist halt so, ich weiß, ich verstecke mich nicht. [...] Es gibt mir das Gefühl, dass ich stark bin.“* (Lisa, 17, Hessen).

Im Rahmen von situativ-temporären Erfahrungen heben einige Jugendliche auch die Rolle von Sicherheitskräften hervor. Sie formulieren Sorgen vor Ausschreitungen auf Demonstrationen und direkter

Gewalt durch die Polizei. Gleichzeitig beunruhigt sie (zum Teil erfahrungsbasiert) auch eine antizipierte Verweigerung von Schutz. Junge Menschen, die sich in Gruppen engagieren, die stark von Erwachsenen geprägt sind, berichten eher davon, dass sie formale Unterstützung und einen respektvollen Umgang durch Polizist:innen erfahren, auch wenn sicherheitsbehördliche Ermittlungen zumeist folgenlos blieben.

## Ableitungen

**Befund 10: Fachkräfte aus Jugendarbeit, Jugendbildung, Schulsozialarbeit oder Demokratiewerk sind aufgefordert, ihre Praxen hinsichtlich der adäquaten Berücksichtigung von Jugendlichen, die sich *gegen Rechts* engagieren, zu reflektieren. Spannungsfelder müssen als solche sichtbar und thematisierbar gemacht werden.**

Mit der Berücksichtigung von Jugendlichen, die sich eigensinnig *gegen Rechts* engagieren, ist die Praxis mancherorts aufgefordert, bestehende Ansätze und Selbstverständnisse zu hinterfragen. Außerdem muss sie sich darauf einstellen, dass sie ggf. unter Rechtfertigungsdruck gerät – und das nicht ausschließlich durch Akteur:innen der extremen Rechten. Jugendarbeit unterliegt bestimmten Selbstverständnissen, Kulturen und Handlungspraxen, die mal politischen Aufträgen und Ideen entsprechen, mal in andere Richtungen zeigen. Aktuell gewinnen rechtsautoritäre Bestrebungen politisch an Einfluss, die den fachlich-normativen Selbstverständnissen, Zielen und der Parteilichkeit der emanzipatorischen Jugendarbeit entgegenlaufen. Festzustellen ist, dass die Jugendarbeit und insbe-

sondere die Demokratiewerk mit jungen Menschen dort, wo sie staatlich finanziert ist, nicht völlig frei von diesen Bestrebungen agieren kann. Sie muss sich folglich die Frage stellen, wie sie damit umgeht. Lässt sie Einhegungen zu, die bspw. auf die Exklusion von antifaschistischen Gruppen abzielen oder „NoAfD“ Sticker in der Einrichtung unterbinden, um die finanzielle Förderung nicht zu gefährden und damit ihre Existenz zu sichern? Wie biegsam und pragmatisch müssen ihre fachlichen Prämissen sein? Übernimmt sie, zumindest rhetorisch, selber Begrifflichkeiten, Grenzziehungen und Deutungen, die im breiten (Förderungs-)Diskurs um Extremismus und Prävention normalisiert sind, und übt damit ggf. auch Druck auf Einrichtungen aus, die sich dem verwehren? Allen voran muss sie sich auch nach den Folgen ihres Handelns für die Jugendlichen fragen, die sich *gegen Rechts* engagieren, denn sie sind diejenigen, die ebenjenen politischen Bestrebungen etwas entgegensetzen. Unsere Forschung zeigt, dass die Jugendarbeit gut daran täte, diese jungen Menschen nicht (nur) als Adressat:innen ihrer Angebote, sondern vor allem als wichtige politische Partner:innen im Lokalraum zu verstehen, eigene Ansprüche und Ideen ggf. zurückzustellen. Damit ist insbesondere auch die Förderpraxis gefragt, ihre Vorstellungen

zu reflektieren, Konzepte zuzulassen, die entsprechend Ansätze fokussieren und sich an den Einschätzungen der (mitunter auch jungen) Expert:innen zu orientieren.

Um sich selber für die unterschiedlichen Herausforderungen zu stärken, könnte die breite Fachpraxis auf eine weitreichende Expertise von denjenigen zurückgreifen, die solche Arbeit bereits seit vielen Jahren praktizieren. Exemplarisch sind hier [„Horte – Alternatives Jugendprojekt 1260 e. V.“](#) in Straußberg zu nennen, das unterschiedliche Angebote der offenen Jugendarbeit mit der Beratung von Opfer rechter Gewalt unter einem Dach verbindet, das [„Dorf der Jugend“](#) in Grimma, das versucht, über eine spendenbasierte gGmbH Jugendarbeit sicher zu stellen und unabhängiger von kommunalpolitischen Interventionen zu machen, oder die Sozial-Diakonische Arbeit - Evangelische Jugend gGmbH, die den [Paulskirchen-keller](#) als offene Einrichtung der Jugendsozialarbeit nicht nur aus der oppositionellen Traditionsrolle der Kirchen in der Geschichte der DDR weiterführt, sondern auch mit der aufsuchenden Arbeit des Streetwork verbindet. Viele dieser Orte haben sich gemeinsam mit anderen soziokulturellen Angeboten in aktivistischen Initiativen wie [Alles beginnt im Zentrum](#) oder [Polylux](#) zusammengeschlossen, um

Gelder zu verteilen und sich gewaltbezogenen Angriffen und politischem Druck solidarisch entgegenzustellen.

**Befund 11: Die Gestaltung von Räumen trägt zentral zur Ermöglichung von demokratischer oder aber auch anti-demokratischer Positionierung bei.**

Aus unseren Befunden geht deutlich hervor, dass Erwachsene in ihren institutionellen Rollen maßgeblich zur Ermöglichung von demokratischen oder antidemokratischen Positionierungen junger Menschen beitragen. Bedrohungen und Schikanen von positionierten Jugendlichen können sich dort etablieren, wo Erwachsene rechtsautoritären Hegemoniebestrebungen nicht entschlossen entgegentreten oder Engagement *gegen Rechts* unterbinden bzw. nur auf dem Papier unterstützen. Die Gestaltung von Räumen bedingt in hohem Maße, wer ermutigt ist, sich zu äußern und die Angebote selbstbewusst zu nutzen. Wer einen Raum schaffen möchte, in dem demokratisches Engagement entsteht und respektvoll über gesellschaftspolitische Themen gestritten wird, der benötigt eine menschenrechtsbasierte und prodemokratische Handlungsgrundlage, die sich nicht in Symbolpolitik erschöpft. Zudem ist es wichtig für engagierte jun-

20 

ge Menschen, dass Erwachsene in ihren institutionellen Rollen, als Lehrer:innen, Einrichtungsleitung, Bildner:innen, Sozialarbeiter:innen oder Amts- und Mandatsträger:innen diskriminierende und antidemokratische Äußerungen zurückweisen und als positionierte Personen erlebbar sind. Politische Neutralität wird von den befragten Jugendlichen als Hilflosigkeit gegenüber autoritären Hegemoniebestrebungen interpretiert und führt zu einem Gefühl fehlender Unterstützung.

Diese Grundhaltung und die daraus abgeleitete Handlungspraxis ermöglicht, je nach Auftrag und Selbstverständnis, auch Jugendlichen mit auseinandersetzungsbefähigten (demokratiekritischen, rassistischen, sexistischen, antisemitischen, klassistischen etc.) Haltungen Angebote zu unterbreiten, ihnen jedoch nicht das Feld zu überlassen. So formuliert eine interviewte Fachkraft, dass gesellschaftliche Entwicklungen, die sich gerade auch im Einzugsgebiet des Angebots zentrieren, wie: „[...] *Verschiebung des Sagbaren. Das findet im eigenen Angebot weniger statt, da alle Dozent:innen sensibilisiert sind und die Personen das auf dem Schirm haben*“ (Karl, Fachkraft).

#### **Befund 12: Junge Menschen, die sich**

**gegen Rechts engagieren möchten, benötigen geschützte Orte um ihre eigenen Praxen, Wünsche, Ziele und Verständnisse zu entwickeln. Die Realisierung dieser Erprobungs- und Entfaltungsmöglichkeiten muss Teil des politischen Verständnisses eines demokratischen Gemeinwesens sein.**

Junge Menschen, die sich *gegen Rechts* engagieren, eignen sich, so wie andere Jugendliche auch, selbstständig Orte im Lokalraum an, an denen sie sich treffen, sich austauschen und Ideen entwickeln. Sowohl ihre Anwesenheit als auch die entstehenden Handlungspraxen entsprechen nicht immer den erwachsenen Vorstellungen zur Raumnutzung oder denen zum Demokratieengagement. Genau darin liegt ihre Stärke für die Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft. Diese jungen Menschen benötigen, entgegen vieler anderer, oft keine vorkonzipierten Angebote oder pädagogischen Interventionen. Sie benötigen einerseits Räume, die sie selber gestalten können und andererseits Menschen, die mit ihnen gemeinsam diese Orte und Praxen verteidigen, auch wenn sie umstritten oder unbequem sind. Sie benötigen Menschen, die ihre Erfahrungen ernst nehmen und

ihre Expertise kooperativ aufgreifen. Dies sind selbstverständlich auch die Aufgaben von Jugendarbeit und Jugendbildung, es sind aber darüber hinaus Aufträge für alle Akteur:innen des Gemeinwesens, denen die Wahrung und Weiterentwicklung einer pluralen Demokratie ein Anliegen ist.

## Verwendete Literatur:

Behrendt, Richard Fritz (1932). Politischer Aktivismus. Ein Versuch zur Soziologie und Psychologie der Politik. Leipzig.

Corning, Alexandra F./Myers, Daniel J. (2002). Individual orientation toward engagement in social action. *Political Psychology*, 23(4), 703–729.

Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian/Winterscheidt, Lea (2026). *Stark gegen Rechts: Jugendverbände gegen rechte Einflussnahme*. Leitfaden für Jugendverbandler:innen. Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA).

Flick, Uwe (2016). Kodierung und Kategorisierung. In: Uwe Flick, *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung* (überarb. Neuaufl.). Reinbek: Rowohlt. 386–421.

Klar, Malte/Kassierer, Tim (2009). Some Benefits of Being an Activist: Measuring Activism and Its Role in Psychological Well-Being. In: *Political Psychology*, Vol. 30 (5), 755-777.

McAdam, Doug (1986). Recruitment to High-Risk Activism: The Case of Freedom Summer. In: *American Journal of Sociology*, 92(1), 64-90.

# Impressum

**UNER/GEHÖRT! Perspektiven von jungen Menschen im Engagement *gegen Rechts* und ihr Erleben von Bedrohungen. Kurzbericht aus dem Projekt BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen.**

Veröffentlicht 2026

Autorin  
**Tina Leber**

Herausgeberschaft:  
**BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen**

angesiedelt am:  
**SO.CON Social Concepts**  
Institut für Forschung und Entwicklung  
in der Sozialen Arbeit  
Hochschule Niederrhein  
Projektleitung: Prof. Dr. Beate Küpper

Gestaltung  
AVINformate - Saskia Davina Staible

Das diesem Bericht zugrunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt unter dem Förderkennzeichen 01UG2223 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor:innen.

Zitationsvorschlag:  
Leber, Tina (2026). UNER/GEHÖRT! Perspektiven von jungen Menschen im Engagement *gegen Rechts* und ihr Erleben von Bedrohungen. Kurzbericht aus dem Projekt BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen.

 **BEWARE**  
Bedrohte Demokratieprojekte  
wappnen und resilient machen

 Hochschule Niederrhein  
University of Applied Sciences

 **SO.CON**  
Social Concepts – Institut für Forschung  
und Entwicklung in der Sozialen Arbeit  
Research Institute for the Development  
of Social Concepts

Gefördert durch:

 Bundesministerium  
für Forschung, Technologie  
und Raumfahrt